A-9 Den Aufbau von kommunalen Partnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine unterstützen – für zivilgesellschaftliche Unterstützung und Verständigung

Antragsteller*in: Julian Joswig (KV Rhein- Hunsrück), Katharina Binz (KV Mainz), Christopher Bündgen (KV Koblenz), Fabian Ehmann (KV Mainz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Janosch Littig (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Christian Viering (KV Mainz), Jonas Volkmann (KV Landau);

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

Antragstext

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bringt seit Ende Februar ein Unmaß an Zerstörung, Leid und Trauer mit sich. Während sich die bundespolitischen Debatten vor allem mit der finanziellen, humanitären und militärischen Unterstützung Deutschlands und der EU beschäftigen, wird vor Ort in Rheinland-Pfalz und in den Kommunen voller Engagement an der Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen gearbeitet. Auch lange nach dem Ende des Krieges werden die Folgen der Zerstörung eine immense Herausforderung bleiben und die internationale Wertegemeinschaft vor die Frage stellen, auf welche Weise man den Wiederaufbau unterstützen und eine erfolgreiche Zukunft der Ukraine sichern kann.

Neben den diplomatischen Beziehungen der Bundesregierung gibt es auch auf den anderen föderalen Ebenen seit Jahrzehnten erfolgreiche Partnerschaften – zwischen einzelnen Städten, Gemeinden, Landkreisen und auch dem Land Rheinland-Pfalz, wie etwa die Graswurzelpartnerschaft mit Ruanda, die dieses Jahr ihren 40. Geburtstag feiert, oder das 4er-Netzwerk mit Burgund-Franche-Comté in Frankreich, der Woiwodschaft Oppeln in Polen sowie Mittelböhmen in Tschechien. Im Hinblick auf den notwendigen Wiederaufbau und eine europäische Integration der Ukraine werden Gemeindepartnerschaften einen innovativen und nachhaltigen Beitrag leisten sowie zur kommunalen Verständigung und Unterstützung beitragen.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und der ukrainische Staatschef Wolodymyr Selenskyj haben bei ihrem Treffen Ende Oktober in Kyjiw die Bildung von Gemeindepartnerschaften als zukünftiges Zentrum der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den Ländern beschrieben. Die rheinland-pfälzischen Kommunen zeichnen

sich durch jahrzehntelange und lebhafte Partnerschaften auf der ganzen Welt, insbesondere aber mit vielen europäischen Kommunen aus. Bisher gibt es jedoch nur wenige Kommunen im Land mit ukrainischen Partnergemeinden, die Anzahl sollte zukünftig steigen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz unterstützen den Ansatz kommunaler Diplomatie aus vollster Überzeugung und befürworten die Bildung neuer Gemeindepartnerschaften vor Ort, insbesondere mit ukrainischen Kommunen, um den direkten Austausch der Zivilbevölkerung zu fördern und Menschen auf kultureller Ebene zu verbinden. So können rheinland-pfälzische Kommunen einen Beitrag zum Wiederaufbau, der europäischen Integration sowie einer zukünftigen Partnerschaft mit der Ukraine leisten. Ein gegenseitiges Kennenlernen und offener Dialog sind Grundpfeiler für ein friedvolles, internationales Miteinander.

Begründung

Die Idee von Städte- und Gemeindepartnerschaften, wie wir sie heute kennen, entstand im Nachgang des Zweiten Weltkrieges. Um Völkerverständigung „von unten“ zu ermöglichen und die tiefen Gräben durch zwei verheerende Weltkriege innerhalb Europas zu überwinden, wurden ausgehend von der britischen Besatzung freundschaftliche Beziehungen zwischen deutschen und britischen Städten aufgenommen.

Im Hinblick auf die aktuelle Situation in der Ukraine sind kurzfristige Unterstützungsmaßnahmen dringend notwendig, aber auch mittel- bis langfristig bedarf es einer Beihilfe und dabei insbesondere zivilgesellschaftlicher Ansätze, um die Ukraine auf ihrem langen Weg des Wiederaufbaus (der weit über Infrastrukturmaßnahmen hinausgeht) und der europäischen Integration zu unterstützen. Kommunale Partnerschaften sind ein wichtiger und innovativer Ansatz, um das gegenseitige Kennenlernen sowie den kulturellen und gesellschaftlichen Austausch zu fördern und gemeinsame Projekte auf Augenhöhe zu initiieren.

Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas und die Menschen im Land tragen Europa im Herzen. Zukünftige Gemeindepartnerschaften des Landes werden einen wichtigen Beitrag leisten, um als Teil der europäischen Wertegemeinschaft die Ukraine auf ihrem langen Weg des Wiederaufbaus und der Souveränität als demokratisches, europäisches Land zu begleiten. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um die Bildung solcher Partnerschaften aktiv anzugehen und als Landesregierung das Fundament hierfür zu bilden. Hierfür sollten wir als GRÜNER Landesverband werben und ein Plädoyer für den Ansatz der kommunalen Diplomatie halten.